

# DIESE GRÜNEN!

## Schwimmen in Barmen

■ Langfristige Lösung statt Investitionen ohne Ende

Nach den Ratbeschlüssen zur Bäderzielplanung und dem Haushaltssicherungskonzept zum Doppelhaushalt 2002/2003 sollten die Schwimmoper und das Kurbad als Bäder aufgegeben werden.

Als Ersatz sollte ein Investor für ein neues Bad in der Wartburgstraße in Barmen gefunden werden. Die GRÜNE Fraktion machte damals deutlich, dass die Schließung der Schwimmoper und des Kurbades erst dann erfolgen sollte, wenn das neue Bad eröffnet würde. Doch so weit kam es leider nicht.

Da die verschiedenen Ideen für einen Verkauf und eine andere Nutzung der Schwimmoper scheiterten, entschied sich der Rat der Stadt Wuppertal letztendlich am 16.02.2004 einstimmig für den Umbau und die Sanierung der Schwimmoper. Gleichzeitig wurde die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, wie im Stadtteil Barmen über privates Investment ein Schwimmbad-Neubau in privater Trägerschaft verwirklicht werden könnte, da die Stadt haushaltsrechtlich nicht beide Bäder sanieren kann. Alternativ suchte die Verwaltung einen Investor zur Sanierung und zum Betrieb des seit langer Zeit störanfälligen Kurbades.

Im Sommer 2004 erfolgten diverse Ausschreibungen. Bei der Expo Real in München wurden ebenfalls Investoren für ein neues Bad gesucht. Doch wie auch nach einer erneuten Ausschreibung im Juni dieses Jahres blieb die Suche nach einem Investor bisher erfolglos. Ein Ausbau des Kurbades ist aufgrund der Dichte der Bebauungen kaum möglich, hinzu kommt die mangelnde Anzahl an Stellplätzen.

Für Bau- und Sanierungsmaßnahmen beziffert die Verwaltung nun nach Auftreten der jüngsten Schäden im Kur-



Problembehaftetes Kurbad: eine Mängelliste ohne Ende

bad, die zur Schließung führten, eine Summe von 670.000 Euro für eine nur fünfjährige Bestandsgarantie. Die Bereitschaft der Bezirksvertretung Barmen, aus ihren freien Mitteln Gelder zur Verfügung zu stellen und das Angebot einer Privatperson über einen Zuschuss in Höhe von 30.000 Euro für die Sanierung des Kurbades stehen dem jährlichen Zuschussbedarf von 480.000 Euro und noch ca. 620.000 Euro gegenüber, die für eine Wiedereröffnung des Kurbades unmittelbar erbracht werden müssten. Der Kämmerer der Stadt Wuppertal hat unmissverständlich dargestellt, dass die Bezirksregierung zusätzliche Gelder aus dem Haushalt nicht bewilligen wird. Sport ist (leider) eine „freiwillige“ Leistung der Kommune und unterliegt wegen des Haushaltssiche-

rungskonzeptes der Genehmigung durch die Bezirksregierung. Auch wenn die Verwaltung zusagt, dass die Vereinsübungsstunden, das Schulschwimmen und der Rehabilitationssport u.a. durch Ausweitung der Öffnungszeiten in anderen Bädern stattfinden können, wissen wir, dass die Situation für den öffentlichen Schwimmsport in Barmen mehr als unzufriedenstellend ist.

Vor dem Hintergrund rückläufiger BesucherInnenzahlen, steigender Kosten und der angespannten Haushaltslage können wir GRÜNE jedoch weder eine Teilsanierung für fünf Jahre (Kosten: über 600.000 Euro) noch eine populistische Forderung für eine Grundsanierung des Kurbades in Höhe von ca. 3 - 4 Millionen Euro stellen ohne zu benennen, wo wir diese

Mittel einsparen wollen.

Der in der Öffentlichkeit gezogene Vergleich mit den Ausgaben für die Sanierung des Stadions ist nicht sinnvoll, da es sich um das einzige Stadion in Wuppertal handelt und ohne die Investitionen in die Tribünen eine Schließung im Fußballjahr 2006 unumgänglich wäre. Diese Maßnahme ist auch nur aufgrund der Eigenbeteiligung des WSV Borussia in Höhe von 200.000 Euro möglich.

Wir GRÜNE wollen eine dauerhafte und haushaltsrechtlich vertretbare Lösung für den Stadtteil Barmen. Wir wollen, dass die Investorensuche für den Bau eines neuen Bades fortgesetzt wird und wir wollen eine neue gesamtstädtische Bäderplanung, die die Versorgung aller Stadtteile mit Schwimmflächen vorsieht.



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser, nach den Schneefällen der letzten Zeit bleibt für uns alle zu hoffen, dass uns auch weiße Weihnachten beschert wird.

Wenig Hoffnung lässt dagegen die politische Großwetterlage in Berlin und im Tal, denn hier wie dort haben wir die schlechteste aller Konstellationen: eine Elefantenhochzeit, sprich: schwarzrot. Damit sind die GRÜNEN in Bund, Land und Stadt in der Opposition, in dieser Rolle haben wir langjährige Erfahrungen gesammelt und werden uns ohne Rücksichtnahme auf Partner voll und ganz der GRÜNEN puren Politik widmen, versprochen!

Wir wünschen Ihnen besinnliche Weihnachtsfeiertage, schöne Ferien und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Bleiben Sie uns gewogen

Ihr Redaktionsteam

## Kein Lichtstreif am Horizont

■ Städtischer Haushalt 2006/2007

Klar ist, die diesjährigen Haushaltsberatungen in Wuppertal werden wieder nicht einfach sein. Allein die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben der Stadt sind höher als die Einnahmen. So schiebt Wuppertal dauerhaft ein strukturelles Haushaltsloch vor sich her, das von Jahr zu Jahr größer wird, weil sich an den Finanzstrukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen nichts ändert.

Da die Stadt das Defizit nicht in absehbarer Zeit abbauen kann, steht sie unter „vorläufiger Haushaltsführung“ und der Regierungspräsident in Düsseldorf schreibt der Stadt besondere Einsparmaßnahmen vor. Somit sind die politischen und finanziellen

Handlungsspielräume sehr klein. Wie schon bei den letzten Haushaltsberatungen setzten CDU und SPD auch diesmal durch, dass in den Fachausschüssen keine Haushaltsberatungen stattfinden. Es ist ein falsches Signal und für die GRÜNE Fraktion ein Unding, wenn weder in den meisten Fachausschüssen noch im Finanzausschuss über den städtischen Haushalt beraten werden soll, sondern nur in Hauptausschuss und Rat. Fast jede Entscheidung in Wuppertal ist mit finanziellen Auswirkungen verbunden, deshalb halten wir es für zwingend, diese Entscheidungen auch in den Ausschüssen zu diskutieren und zu beschließen. Die GRÜNE Fraktion beantragte in der September-Ratssitzung, den

Haushaltsentwurf mit der Wuppertaler Öffentlichkeit zu diskutieren. In stark reduzierter Form hatten wir sogar Erfolg: eine Veranstaltung zum Haushalt wird angeblich durchgeführt. Bis Redaktionsschluss stand jedoch noch kein Termin fest, obwohl die Zeit drängt, schließlich soll der Haushalt am 19. Dezember beschlossen werden.

Wir hatten uns dafür eingesetzt, mehrere Veranstaltungen durchzuführen, um auch die Einzelhaushalte der Geschäftsbereiche vorstellen zu können. Wir halten es für wichtig, die Wuppertalerinnen und Wuppertaler in die vorrangigen Themenfelder der Kommunalpolitik einzubeziehen. Denn viele Fragen sind offen: wie finanzieren wir die Mittagsverpflegung

an den städtischen Ganztagschulen? Welche Lösungsmöglichkeiten für die schwimmbegeisterte Barmer Bevölkerung ist die richtige und auch finanzierbare, sprich: wie geht es mit dem Kurbad weiter?

Wie sieht die Entwicklung der Finanzen bei den städtischen Töchtern aus? Wie kann vor dem Hintergrund der letzten Pisastudie mehr Qualität in der Schulbildung erreicht werden? Wie geht es mit der Schwebbahnfinanzierung weiter, nachdem wir wissen, dass auch der neue CDU Verkehrsminister Wittke seine Versprechen nicht einhalten kann? Die Fragen werden in den nächsten Wochen beantwortet werden müssen, denn die Wuppertalerinnen und Fortsetzung Seite 4

## AUS DEM INHALT

Seite 2  
Ein Bett im Kornfeld

Seite 3  
20 Jahre Gleichstellungssstelle Wuppertal

Seite 3  
Sicher unterwegs

Seite 4  
Machtlos gegen Bauruinen

Seite 5  
Bergische Weiterbildung

## Ein Bett im Kornfeld –

■ für Landwirte kein Hit!

Ende der 70er besang Schlagerstar Jürgen Drews romantische Stunden in der freien Natur. Mit den Landwirten dürfte er den Text seines Liedes allerdings nicht abgestimmt haben, denn die wären von seinen Anregungen sicher schon damals wenig begeistert gewesen.

Auch heute sind landwirtschaftliche Flächen ein beliebtes Ziel für Erholungssuchende oder als Ausläufer für Hunde. Dabei ist es jedoch nicht immer einfach, die unterschiedlichen Nutzungsinteressen gleichberechtigt zum Zuge kommen zu lassen. Dies gilt vor allem in Ballungsräumen, wo viele Nutzer/innen um immer weniger freie Flächen konkurrieren und der Raum für Landwirtschaft und Naherholung immer weiter eingeschränkt wird.

Konflikte entstehen dort, wo Fehlverhalten – sicherlich oft aus Unkenntnis – die landwirtschaftliche Produktion beeinträchtigt. Wenn Hunde ihr Geschäft auf dem Acker verrichten,

Menschen dort ihren Müll abladen oder erntereifes Getreide großflächig niedergedrückt wird, ist das für die betroffenen Landwirte nicht nur ein Ärgernis, sondern kann unter Umständen ernsthafte Probleme bereiten. Menschliche Hinterlassenschaften, die nicht rechtzeitig entdeckt werden, finden sich später als Glasscherben im Tierfutter wieder oder beschädigen landwirtschaftliche Maschinen. Hundekot kann dazu führen, dass die Hygiene-Bestimmungen nicht eingehalten werden können. Das bedeutet für die betroffenen Landwirte auch juristische Konsequenzen, da sie als Nahrungsmittelproduzenten der Produkthaftungspflicht unterliegen. Die Stadt Wuppertal möchte nun die Landwirte bei der Sicherung ihrer betrieblichen Grundlagen unterstützen.

Daher haben der Beirat für Landwirtschaft und Ernährung sowie der Umweltausschuss in ihren November-Sitzungen eine Resolution verabschiedet, in der sie sich für ein „Miteinander von Landwirtschaft und

Erholungsnutzung“ einsetzen. Darin werden die Bürger/innen aufgefordert, sich an das Wegegebot zu halten, das auch im Landschaftsgesetz NRW festgeschrieben ist.

Für Hundebesitzer gibt es einen Hinweis auf die ausgewiesenen Hundefreilaufflächen im Stadtgebiet. Über die Medien und im Internet wird die Resolution öffentlich bekannt gemacht. Parallel dazu soll mit den Hundesteuerbescheiden ein Informationsblatt verschickt werden, das die Problematik darstellt und erwünschtes Verhalten erläutert. Die Landwirte selbst versuchen zudem mit Hinweisschildern das Bewusstsein der Erholungssuchenden zu schärfen.

Hier scheint überhaupt das grundsätzliche Problem zu liegen: bei den Menschen – vor allem in den Großstädten – kommt es zu einer immer stärkeren Entfremdung von der Nahrungsmittelproduktion. Brot, Eier oder Milch kauft man selbstverständlich im Supermarkt – der Weg dieser Produkte bis zum Konsumenten

ist allerdings weitgehend unbekannt. Landwirtschaftliche Flächen werden dagegen in erster Linie unter ästhetischen Gesichtspunkten betrachtet. Damit geht auch der Bezug zum Boden verloren – als schützenswertes Gut, das der Herstellung gesunder Nahrungsmittel dient. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, plant die Stadt mit finanzieller Unterstützung des Landes Maßnahmen zur Verbesserung des Bodenbewusstseins in der Bevölkerung.

Anknüpfend an die sehr erfolgreiche Bodenschutz-Fachtagung im Februar wurde das Projekt „Umgang mit Bodenbelastungen – Förderung des Bodenbewusstseins“ initiiert. Ein erstes Konzept wurde dem Projektbeirat am 16.11. vorgestellt. Angedacht sind mehrere Teilprojekte, die auf unterschiedliche Weise Informationen über den Boden vermitteln. Dazu gehören sogenannte „Bodenstandorte“ oder „Bodenerlebnispfade“, an denen die unterschiedliche Beschaffenheit und die verschiedenen Nutzungsarten von Böden dargestellt werden. In einem Musterlehrgarten soll praktisch der Umgang mit Bodenbelastungen vermittelt werden. Aber auch Aktivitäten mit Schulen sowie ein informativer Internetauftritt sind geplant.

Besonders hervorzuheben ist, dass alle erwähnten Maßnahmen an bereits bestehende Einrichtungen in Wuppertal – wie z.B. die Station Natur und Umwelt, Kleingartenvereine oder ausgeschilderte Wanderwege – angegliedert werden sollen. Auf diese Weise erhält das Projekt eine starke Verankerung in der Stadt und bei der Bevölkerung. Wir hoffen, dass diese Aktivitäten auch dazu beitragen, ein friedliches Nebeneinander von Landwirtschaft und Erholung zu ermöglichen.

Ein Bett im Kornfeld ist zwar sicherlich romantisch, diese Romantik sollte jedoch den Schlagertexten vorbehalten bleiben.

## Spitzenmäßig

Fraktionsvorstand gewählt

Im November wählte die bündnisgrüne Ratsfraktion einstimmig für zwei weitere Jahre Gerta Siller zur Fraktionssprecherin und Peter Vorsteher zum Fraktionssprecher. In dieser Legislaturperiode ist die GRÜNE Fraktion auf neun Stadtverordnete angewachsen. Damit einher geht auch ein höherer Koordinierungsbedarf. Deshalb hat die GRÜNE Fraktion die bisherige Fraktionspitze zu einem Fraktionsvorstand ausgeweitet, dem nun auch Lorenz Bahr, der bündnisgrüne Bürgermeister, angehört.



v.l.n.r.: Peter Vorsteher, Lorenz Bahr, Gerta Siller



Miteinander von Landwirtschaft und Erholungsnutzung

## Raubbau an der Natur verhindern

■ Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung fördern

„Ich bin der festen Überzeugung, dass der Schlüssel zur Zukunft unseres Landes in einer nachhaltigen Entwicklung liegt. Nachhaltigkeit heißt, so zu leben und zu wirtschaften, dass unsere Kinder und Enkel, dass alle Menschen in der einen Welt eine gute Zukunft haben – ökologisch, ökonomisch und sozial. Diese drei Säulen der Nachhaltigkeit dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen. Wir müssen vielmehr immer wieder versuchen, sie in Einklang zu bringen.“

Diese Aussage könnte ein Zitat aus dem GRÜNEN Wirtschaftsprogramm sein, stammt jedoch von keinem Geringeren als von Bundespräsident Horst Köhler (CDU).

Und er hat Recht: Wirtschaft, Umweltschutz und Politik müssen sich gleichermaßen ernsthaft die Frage stellen lassen, was falsch läuft, wenn der Feldhamster oder – in seiner Wuppertaler Variante – die Zauneidechse

zum Symbol des Investitionshemmnisses und der Umweltschutz zur Wachstumsbremse erklärt werden. Der Versuch, in Vohwinkel die Zauneidechse als Verhinderin von VohRang darzustellen, mündete in dem vernünftigen Kompromiss, ihr und weiteren unter Schutz stehenden Lebewesen Raum zu geben, den überwiegenden Teil der ehemaligen Bahnfläche jedoch als Gewerbefläche zu entwickeln. Ein Kompromiss, der zeigt, dass der Umweltschutz und die berechtigten Interessen der Wirtschaft Hand in Hand gehen können. Diese Erkenntnis kam spät und durch die unnötige Zeitverzögerung scheint es mit dem Mittelstandspark VohRang jetzt nicht mehr recht voranzugehen.

Auch nicht mit dem von der Stadtspitze viel beschworenen Gewerbeflächenkonzept insgesamt. Diesem hatte die GRÜNE Ratsfraktion mit der Ausnahme 'Kleinhöhe' zum Verdruss der CDUSPD zugestimmt. Aber erst mit Vorlage des von GRÜ-

NER Seite immer wieder geforderten Brachflächenkonzeptes wird es vollständig und rund. Die vielen kleinen über Wuppertals Stadtteile verstreuten Brachflächen sollen einer qualitativ höherwertigen Nutzung zugeführt werden. Einstimmig hat die Politik im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss der bisher formulierten Prämisse der Stadtspitze eine Absage erteilt, die Stadt- und Gewerbeflächenentwicklung nach dem Motto weiter zu betreiben: 'Uns geht es so schlecht, deshalb nehmen wir, was wir kriegen!' Nun soll an der Dessauer Straße, an der Ernststraße, an der Friedrich-Ebert-Straße usw. eine Nachfolgenutzung gezielt und in den Stadtteil passend gesucht und gefunden werden.

Das Gewerbeflächenkonzept mit seinen ursprünglich vier geplanten Schwerpunktgebieten ist allerdings zwischenzeitlich in Teilen bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Das Agiplan-Gutachten von 2002 ging von einer qualitativ hochwertigen Entwicklung

mit Themenschwerpunkten aus: die Kleinhöhe als New Area, die GOH-Kaserne als Standort für Automotive, ein Media-Park für die Steinbeck und der Mittelstandspark VohRang in Vohwinkel. Geblieben sind fast nur noch die Namen. New Area etwa meint nicht mehr Health Care, sondern einen 20 Millionen Euro teuren, nicht zu rechtfertigenden, thematisch unbegründeten, fast 30 ha großen Eingriff in einen regionalen Grünzug, der zur beleuchteten Kuhwiese mit vergoldeten Tränken avanciert. Ähnlich konzeptlos sieht es bei der geplanten Nachfolgenutzung der GOH-Kaserne aus, für die es immerhin mehrere Interessenten zu geben scheint. In Wuppertal brems nicht die Ökologie die Ökonomie aus. Es ist das zögerliche Eingeständnis, dass eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft zu fördern ist, ohne dabei ökologische Interessen auszuschließen. Mit dieser Überzeugung sind GRÜNE in Wuppertal seit vielen Jahren verlässliche Partner.



Wir wissen Bescheid!

Herzlichen  
Glückwunsch  
Anke GJens

Oh, wie schön ist Panama....

## Impressum

Herausgeberin:  
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 563. 6204 Fax: 59 64 88  
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:  
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)  
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,  
Bettina Brücher, Michael Hohagen,  
Klaus Lüdemann, Gabriele Mahnert,  
Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer,  
Susanne Sperling

Gastkommentar:  
Aline Wenderoth, Sprecherin des Kreisverbandes  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders  
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:  
rotwild Design GmbH,  
Simonsstraße 80, 42117 Wuppertal

Auflage: 36.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,  
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.  
109-111; ASIA, Berg. Universität; Behindert - na  
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,  
Luisenstraße 108; Cinetal, Berliner Straße; Forum  
Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Unter-  
grünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz  
der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße

Die Abgabe ist kostenlos!

# 20 Jahre Gleichstellungsstelle Wuppertal

## ■ Eine Erfolgsbilanz mit viel GRÜNER Unterstützung

Anfang November feierte die „Gleichstellungsstelle für Frauenfragen“ ihr 20jähriges Bestehen, für die GRÜNEN ein Anlass zur Bilanz. Die GRÜNE Fraktion hat den Prozess der Gleichstellung in Wuppertal während der letzten zwei Jahrzehnte maßgeblich mitbestimmt. DIE GRÜNEN waren und sind bis heute Hoffnungsträger für eine gesellschaftliche und politische Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse.

### Bewegte Zeiten

Seit Gründung der Bundespartei 1980 ist Frauenpolitik ein zentrales Themenfeld für die GRÜNEN, viele Feministinnen wurden Mitglied, um ihr Engagement für Gleichberechtigung von der Straße in die Institutionen zu tragen. Der Erfolg blieb nicht aus: 1984 gab es das spektakuläre Feminat, d.h. der erste rein weiblich besetzte Fraktionsvorstand einer im deutschen Bundestag vertretenen Partei. Dies spiegelte auch die wachsende Bedeutung der Frauenpolitik in der Gesellschaft wider. Eine der Sprecherinnen war die Wuppertalerin Annemarie Borgmann. Mitte der 80er Jahre wurde bei den GRÜNEN die Mindestquotierung von 50 Prozent für alle Ämter und Mandate für Frauen beschlossen, damit war den Frauen die Hälfte der Macht gesichert, nach wie vor einzigartig in der

deutschen Parteienlandschaft.

### GRÜNER Aufbruch in Wuppertal

Als die GRÜNEN 1984 in den Wuppertaler Rat einzogen, ging es auch frauenpolitisch gleich richtig los. In der ersten Ratssitzung im Oktober war das Medieninteresse bundesweit groß: die erste GRÜNE Ratsfraktion, die erste Oberbürgermeisterin mit GRÜNER Unterstützung, als erste GRÜNE Bürgermeisterin Irmgard Wohler - und damit gleich zwei Frauen an der Stadtspitze. Das war eine Sensation. In der Zusammenarbeit mit der SPD wurde vereinbart, eine Frauengleichstellungsstelle bei der Stadtverwaltung einzurichten. Eine „Frauenfraktion“ aller im Rat vertretenen Parteien unterstützte dieses Vorhaben. Der Rat der Stadt fasste einen entsprechenden Beschluss Ende 1984, damals allerdings noch ohne Unterstützung der CDU. Es wurde eine Gleichstellungskommission errichtet, welche die Einrichtung der Gleichstellungsstelle auf der politischen Ebene begleiten und fachlich unterstützen sollte und dies auch mit großem Sachverstand umsetzte.

### Start des Frauenausschusses

Von Anfang an machten sich die GRÜNEN für die Einrichtung eines Frauenausschusses stark. 1989 wurde er dann endlich eingerichtet. In den



350 € für ein neues Frauenhaus gesammelt, Foto: S. Sperling

Jahrzehnten haben viele Ausschussvorsitzende der GRÜNEN (Petra Wessels, Petra Scholl, Ursel Simon und jetzt Gerta Siller) die Gleichstellungspolitik engagiert unterstützt und nach vorne gebracht, z.B. durch Anträge (frauengerechte Sprache in der Stadtverwaltung, Unterstützung der Frauenorganisationen in Wuppertal etc.).

### Institutionalisierte Förderung

Der erste Frauenförderplan für die Stadtverwaltung wurde 1990 nach fast sechsjähriger Beratung beschlossen; die GRÜNEN hatten bereits 1984 einen Antrag hierzu gestellt. Die

Mühlen der Politik mahlen bekanntlich manchmal sehr, sehr langsam... In den jährlichen Berichten zu dessen Fortschreibung wurde stets die gleiche Erkenntnis dokumentiert: Karriereverläufe von Frauen und Männern unterscheiden sich gravierend, auch hier ist der Fortschritt eine Schnecke. 1996 gab es Rückenwind durch den Europäischen Gerichtshof, der in einer Entscheidung zur Quotenregelung klarmachte: Frauen müssen bei gleichwertiger Qualifikation und beim beruflichen Aufstieg so lange bevorzugt werden, bis sie in den jeweiligen Bereichen nicht mehr unterrepräsentiert sind. Eine große Unterstützung

für das Engagement der Gleichstellungsstelle von Frauen auch in der Stadtverwaltung.

Wuppertal ist als erste Stadt 1992 die „Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung“ angegangen, d.h., dass sich alle Geschäftsbereiche, Ressorts und Stadtbetriebe zur Wahrnehmung der Frauenförderung verpflichtet haben. Heute sagen wir auf neudeutsch „Gender Mainstreaming“ und erweitern den Blick hinsichtlich geschlechtsspezifischer Benachteiligung auch auf Männer.

### Fazit

Als Bilanz können wir festhalten: wir haben viel erreicht, aber es liegt auch noch viel Arbeit vor uns, bis die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur rechtlich, sondern auch faktisch Realität wird. In dem Sinne wünschen wir der Gleichstellungsstelle weiterhin einen langen Atem, Kreativität und Durchsetzungsvermögen: weiter so! Die GRÜNE Fraktion wird mit dem gleichen Engagement wie bisher zum Gelingen beitragen. Zum Schluss sei allen Interessierten noch die informative Broschüre „Bewegte Jahre. 20 Jahre Gleichstellungsstelle“ nahe gelegt, es lohnt sich! Die Broschüre ist in der Gleichstellungsstelle unter der Nummer 563 54 05 oder per Mail unter [gleichstellungsstelle@stadt.wuppertal.de](mailto:gleichstellungsstelle@stadt.wuppertal.de) zu erhalten.

# Sicher unterwegs in Wuppertal

## ■ Antworten aus einem Gespräch des Frauen-AK der GRÜNEN Fraktion

mit Sabine Schnake, Leiterin Produktmanagement Verkehr bei den Wuppertaler Stadtwerken

„Sicher unterwegs“ ist eine Weiterführung des Projektes „Unheimlich & CO - Angsträume in Wuppertal“ und soll zu mehr Bewegungsfreiheit und Mobilität von Mädchen beitragen.

Fast jede dritte Fahrt wird in Wuppertal mit Bus oder Schwebbahn zurückgelegt, Frauen sind die größte Kundengruppe. Die WSW führen regelmäßig Marktforschungen durch, um die Wünsche und Anforderungen ihrer Kundinnen noch besser kennen zu lernen und das Bus- und Schwebbahnangebot kontinuierlich zu verbessern.

Die Anforderungen und Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen sind sehr wichtig. Sie sollen sich in den Bussen und in der Schwebbahn wohl fühlen und auch nach ihrem 18. Lebensjahr Kundinnen bleiben. Dabei spielt die Sicherheit und das subjektive Sicherheitsgefühl der jungen Frauen eine wichtige Rolle.

Im Rahmen des Projektes „Sicher unterwegs in Wuppertal“ haben wir Mädchen und junge Frauen u. a. danach gefragt, wie oft sie mit dem ÖPNV unterwegs sind und wie sicher sie sich in Bussen und in der Schwebbahn fühlen.

Im Bus und in der Schwebbahn fühlen sich die Mädchen sowohl tagsüber als auch bei Dunkelheit am sichersten - im Vergleich zu S-Bahn, Haltestellen und Bahnsteigen. Insbesondere dann, wenn viele Menschen da sind und wenn es hell und sauber

ist. Insbesondere die Service- und Sicherheitskräfte, die sog. „Rotkäppchen“, die in der Schwebbahn und an Haltestellen präsent sind, tragen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls bei. Rund 20 „Rotkäppchen“ sind von morgens bis abends in den Bussen, der Schwebbahn und Haltestellen unterwegs - immer in Zweier-



Hilfreiches „Rotkäppchen“

teams, wenn möglich ein Mann und eine Frau. Das wird von den Mädchen besonders positiv wahrgenommen.

### Was haben die WSW bisher getan?

Schon in den letzten Jahren wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls umgesetzt. Das möchten wir weiter ausbauen und deshalb sind uns die Hinweise und

Anregungen der Mädchen sehr wichtig.

### Haltestellenbeleuchtung

Wir haben die Haltestellen, die von den Mädchen genannt wurden, zusätzlich beleuchtet. Dazu gehören z.B. die Haltestelle Langerfeld Markt und die Haltestelle Ludwigstrasse

### Service- und Sicherheitspersonal

Die Service- und Sicherheitskräfte sind sensibilisiert im Umgang mit Mädchen und jungen Frauen. Die WSW hat Workshops zu diesem Thema durchgeführt, in dem die Wünsche der Mädchen aus der Befragung vermittelt und der Umgang zwischen Servicemitarbeitern und Mädchen diskutiert wurden. In Rollenspielen wurde z.B. dargestellt, wo Belästigungen anfangen (z.B. anstarren, anremeln) und welche Unterstützung sich junge Frauen wünschen. Eine Fortsetzung der Seminarreihe folgt im Januar.

### Videokameras

Mittlerweile sind 80 Busse mit Videokameras ausgerüstet und jedes Jahr kommen mit den neuen Buslieferungen weitere dazu. Zusätzliche Busanbindungen, die sich die Mädchen in der Befragung gewünscht haben - z.B. einen Bus zur Jugendfarm in Sonnborn - sind im Moment leider nicht zu finanzieren. Hier müssen wir prüfen, ob kostengünstig Angebote umzusetzen sind.

### Halten auf Zuruf

Ab 20.00 Uhr gibt es die Möglichkeit auch zwischen den Haltestellen auszustiegen, um den Fußweg zu ver-

kürzen. Hierzu einfach den Fahrer ansprechen.

### Anschlussgarantie

Ein neues Angebot gibt es seit dem 17. Oktober - die Anschlussgarantie. Die WSW garantieren ab 20.00 Uhr an vielen Umsteigepunkten den Anschluss. Das bedeutet, wenn einmal ein Anschlussbus nicht kommen sollte, erfahren das die Kunden über eine Fahrzeugdurchsage. Wer sich dann beim Fahrer meldet, bekommt ein Anschlussstaxi zur Zielhaltestelle - natürlich auf Kosten der WSW. Auch dies trägt dazu bei, dass man sich abends sicherer fühlt.

### Schau nicht weg

Die WSW sind Partner der Aktion „Schau nicht weg“ - der Initiative gegen Gewalt unter Kinder und Jugendlichen. Auch an den WSW-Kunden- und MobiCentern klebt der „Schau nicht weg“-Aufkleber mit dem Auge und signalisiert „Hier findet ihr Schutz, wenn ihr euch bedroht fühlt“. Wir werden auch künftig Maßnahmen und Angebote entwickeln, die dazu beitragen, dass Mädchen und junge Frauen gerne mit dem ÖPNV unterwegs sind. Die Angebote und Verbesserungen kommen auch allen anderen Kunden zu Gute. Hilfreich ist dabei das geplante Netzwerk zwischen WSW, der Stadt Wuppertal ( Ressort Jugend und Soziales, der Gleichstellungsstelle, Verkehrsplanung) und dem Jugendring Wuppertal mit dem Ziel die Mobilität und Bewegungsfreiheit von Mädchen und jungen Frauen in Wuppertal zu verbessern.

# Gammelfleisch in Wuppertal?

Auch bei uns gibt es fleischverarbeitende Firmen. Die Fraktion der GRÜNEN möchte wissen, ob auch bei hiesigen Kontrollen verdorbenes Fleisch gefunden wurde.

In einer Anfrage an den Ausschuss Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit fragen wir nach dem Umfang der Kontrollen, den Maßnahmen der Verwaltung zum Schutz der VerbraucherInnen und ihrer Informationspolitik. Zahlreiche Berichte über verdorbenes Fleisch haben die Verbraucherinnen und Verbraucher - auch in Wuppertal - mehr als verunsichert. In den letzten Wochen wurde bekannt, dass verdorbenes Fleisch NRW-weit verkauft und verzehrt worden ist, unter anderem 28.000 verdorbene Grillwürste an Imbissbuden. Was wir jetzt brauchen, sind schärfere Kontrollen und härtere Strafen für die schwarzen Schafe in der Fleischindustrie. Transparenz ist für die GRÜNE Fraktion der entscheidende Punkt: Wir müssen vom „gläsernen Schwein“ zur „gläsernen Currywurst“ kommen. Über die gesamte Produktionskette ist ein lückenloser Nachweis zum Produkt zu führen.

Schon allein, um die redlichen Unternehmen zu schützen. Und jetzt ist es auch Zeit über unser Essverhalten nachzudenken. Klasse statt Masse beim Fleischverzehr und bei der Fleischproduktion ist sicher der bessere Weg. Im Bergischen können VerbraucherInnen z.B. auf die hochwertigen Produkte der Regionalmarke bergisch pur zurückgreifen. (Nähere Informationen unter [www.bergisch-pur.de](http://www.bergisch-pur.de))

## UN-Zentrum in Wuppertal eröffnet

■ Standortfaktor Umwelt wird gestärkt

Eine enge Zusammenarbeit des Wuppertal Institutes mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP führte Ende November zur Eröffnung des „Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production“ (CSCP), auf deutsch „Zentrum für nachhaltiges Konsumieren und Produzieren“, in einer ehemaligen Schnürsenkelfabrik am Ostersbaum.

Es baut auf den langjährigen Forschungsaktivitäten des Wuppertal Instituts im Bereich des nachhaltigen Produzierens und Konsumierens auf, kooperiert eng mit ihm und wird somit auch für die Stärkung des Standortfaktors Umwelt und Nachhaltigkeit sorgen.

Als eines von vielen weltweit agierenden Zentren des UN-Umweltprogramms wird das CSCP in Wuppertal wichtige Beiträge zur Umsetzung der auf dem UN-Gipfel in Johannesburg 2002 vereinbarten Ziele leisten. Unter anderem wurde dort die globale Verkettung von Produktion und Konsum thematisiert. Informationen über die sozial- und umweltverträglichen Kriterien bei der Herstellung eines Produktes sind Voraussetzung für eine nachhaltige, global gerechtere Wirtschaft und die Armutsbekämpfung, besonders in den Entwicklungsländern.

„Wir sollten keine Angst davor haben, dass jeder in der Welt ein Konsument wird. Die Armen brauchen mehr als Nahrung und Schutz. Sie müssen in

die Lage versetzt werden, selbstbestimmt über ihr materielles und immaterielles Wohlergehen zu bestimmen, so wie wir alle das auch können. Das ist natürlich eine sehr große Aufgabe. Das ist die Herausforderung von nachhaltigem Produzieren und Konsumieren. Und genau das ist der Fokus des neuen Wuppertaler Centres“, erklärte Prof. Dr. Klaus Töpfer, Exekutiv-Direktor von UNEP, zur Eröffnung.

Armutsbekämpfung sowie nachhaltiges Konsumieren und Produzieren gehören zu den Hauptforschungsgebieten des CSCP. Das Wuppertal Institut hat z.B. im Energiebereich nachgewiesen, dass ein deutscher Durchschnittshaushalt mit vier Personen nur etwa 600 kWh pro Jahr benötigt, wenn er mit den modernsten

auf dem Markt verfügbaren Haushaltsgeräten ausgestattet ist. Heute verbraucht dieser Haushalt noch stolze 3500 kWh jährlich. Das kann und muss nicht so bleiben, denn energiesparende Geräte entlasten den Geldbeutel und die Umwelt.

Diese Zusammenhänge weiter zu erforschen, transparent darzustellen und Politik, Wissenschaft und Industrie zu beraten ist somit die Kernaufgabe des CSCP.

Mit der Entwicklung von Handlungsstrategien und der Umsetzung von Vorgaben aus Johannesburg ist das CSCP mit einer überaus wichtigen Aufgabe betraut. Die GRÜNE Ratsfraktion wünscht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des UNEP-Zentrums viel Erfolg.

## Kein Lichtstreif am Horizont

Fortsetzung von Seite 1

Wuppertaler haben ein Recht auf Information, auch wenn die zu verteilenden Mittel außerordentlich knapp geworden sind. Das heißt aber auch, dass wir genau schauen müssen, wofür wir städtisches Geld ausgeben und einsetzen müssen. Können wir uns in dieser Zeit erlauben, die Kleine Höhe als Gewerbefläche zu entwickeln mit Kosten im Vermögenshaushalt in den Jahren 2006/2007 von 4,7 Millionen Euro? Diese Investition wird von unserer Fraktion abgelehnt, da wir davon überzeugt sind, mit dem Bahngelände in Vohwinkel, dem Mediapark am Arrenberg und insbesondere der ehemaligen GOH Kaserne auf Lichtscheid ausreichend Flächen für Gewerbe anbieten zu können.

## Alle Jahre wieder...

■ ...wächst in Elberfeld der Unmut

Immer wieder im November wird Elberfeld mit Büdchen zugebaut. Für Menschen, die jeden Tag zum Bahnhof gehen, sind es Barrieren. Für einige andere ist es der Inbegriff der Weihnachtsvorfreude. Der Weihnachtsmarkt ist da und damit auch die Kontroverse.

Wir wollen Ihnen nicht die Freude am Weihnachtsmarkt nehmen, es muss jedoch auch die Frage erlaubt sein, was Backfisch, Currywurst und Hotdogs mit Weihnachten zu tun haben. Wir wissen es nicht und wollen deshalb hinter die Kulissen schauen.

Veranstaltet wird der Elberfelder Weihnachtsmarkt von der Interessengemeinschaft der City-Einzelhändler, der IG1. Sie haben die Cultura GmbH mit der Durchführung des Marktes beauftragt. Die wiederum vermietet die Büdchen an selbständige Betreiber, die entweder selbst im Büdchen stehen oder Hilfskräfte auf 400 Euro-Basis engagieren.

Die Cultura kassiert Miete pro Büd-

chen. Um Profit zu machen, müssen die Waren deshalb entweder sehr teuer angeboten werden oder aber die Masse macht den Umsatz. Hier hilft die alte Markt-Regel: gegessen wird immer. Deshalb also die Büdchen mit Currywurst und Backfisch. Die Bezirksvertretung Elberfeld hatte in der Vergangenheit mehrfach Kritik an der Gestaltung des Marktes geäußert. Schmucklose Tannenbäume neben den Büdchen wurden nicht als Attraktionen eingeschätzt. Die Frage, ob die IG1 daran etwas ändern will, hängt einzig an finanziellen Erwägungen. Ein angedachter Kinderweihnachtsmarkt an den Wochenenden wird wegen mangelnder Rentabilität nicht angeboten. Stattdessen fährt weiter die Bimmelbahn durch Elberfeld.

Innovativer ist dagegen in diesem Jahr der Mittelalterliche Weihnachtsmarkt an der Stadthalle und natürlich der schon traditionelle Lüntenbecker Weihnachtsmarkt, beide werden eher für Feststimmung sorgen.



Weihnachtsstimmung oder reiner Kommerz?

## Da capo, Kalle!

20 Jahre Schüler-Rockfestival und kein bisschen leise

Wir gratulieren unserem Freund Kalle Waldinger herzlich zur Verleihung des „Wuppertaler“ in Anerkennung seiner jahrzehntelangen ehrenamtlichen Kinder- und Jugendarbeit für Musik, internationale Begegnungen, Umweltschutz und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

Das Ronsdorfer Rockprojekt e.V., das Kalle gemeinsam mit engagierten Eltern und SchülerInnen der Erich-Fried-Gesamtschule gründete, ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, ein Musikinstrument zu erlernen. Durch viele internationale Begegnungen hat das Projekt dazu beigetragen, dass junge Menschen andere Kulturen und Gesellschaftsordnungen besser kennen und verstehen lernen. Pünktlich zum 20. Schüler-Rockfestival erscheint nun die 3. CD „Gegenwind – Wir rocken gegen Rassismus“, dessen Produktion der GRÜNE Kreisverband wie auch in der Vergangenheit gern finanziell unterstützen wird.

Das Schüler-Rockfestival ist das größte Nachwuchs-Rockfestival in Deutschland. Seit 20 Jahren bietet es Musikerinnen und Musikern eine Plattform, die schon so mancher Band zu einer professionellen Laufbahn verholfen hat. Wir danken Kalle für sein Engagement und wünschen ihm weiterhin viel Erfolg!



## Machtlos

■ gegen Bauruinen

Seit mehr als 10 Jahren stehen zwei Häuser in der Deweerthstraße leer und verfallen zunehmend. Immer wieder haben die GRÜNEN auf diesen Missstand hingewiesen. Und in den Sommerferien geschah, was wir schon immer befürchtet haben: Teile des Hauses lösten sich und fielen herab. Seitdem ist der Bürgersteig vor den beiden Häusern für FußgängerInnen gesperrt.

An dem Zustand des Hauses hat sich dadurch allerdings nichts geändert. Offensichtlich ist es der Stadtverwaltung nicht gelungen, den Eigentümer zur Sicherung des Gebäudes zu veranlassen, wohl auch nicht durch Androhung einer Geldstrafe. Damit können und werden wir GRÜNEN uns nicht zufrieden geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass endlich etwas geschieht und die Verwaltung auffordern, schnell tätig zu werden. Denn eins steht fest: der nächste

Sturm kommt bestimmt. Selbst für Laien ist erkennbar, dass die Schornsteine der Häuser weiter bröckeln.

Leider ist das kein Einzelfall. Jeder von uns kennt sicherlich das ein oder andere Gebäude in unserer Stadt, das in einem ähnlich desolaten Zustand ist.

Wir haben die Stadtverwaltung um Auskunft gebeten, wie viele Häuser in einem so gefährlichen Zustand sind, dass öffentlicher Raum aus Gründen der Sicherheit gesperrt werden muss. Unbestritten ist, dass es häufig schwierig ist, die Eigentümer zur Schadensbeseitigung zu veranlassen. Da bleibt der Stadt nichts anderes übrig, als den Schaden selbst zu beheben und sich das Geld anschließend vom Eigentümer zurückzuholen, nötigenfalls per Gerichtsprozess. Aber wenn hier nicht konsequent vorgegangen wird, wie sollte jemand dazu bewegt werden, sein Eigentum zumindest so zu pflegen, dass andere nicht gefährdet werden?

## Abschaffung der Schulbezirksgrenzen

Podiumsdiskussion  
am Dienstag, den 13.12.2005 um 19.00 Uhr  
Christian-Morgenstern-Schule  
Wittensteinstraße 76, Unterbarmen

mit  
Sylvia Löhrmann, MdL Landtagsfraktion B90/DIE GRÜNEN  
Christiane Bainski RAA NRW  
Marc Schulz Ratsfraktion B90/DIE GRÜNEN  
Lorenz Bahr Moderation



Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen  
Tel.: 5 63 62 04  
Fax: 59 64 88  
fraktion@gruene-wuppertal.de  
www.gruene-wuppertal.de

# Gastkommentar:

■ Elefantenhochzeit in Berlin – Der kleinste gemeinsame Nenner

**Acht Wochen nach der vorgezogenen Neuwahl des Bundestages haben wir eine neue Bundesregierung. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist es die zweite große Koalition mit SPD und CDU/CSU und zum ersten Mal ist es eine Kanzlerin, die als Regierungschefin die Leitlinien der Politik bestimmen wird. Letzteres sichert der CDU-Frau Angela Merkel mit Sicherheit einen Eintrag in die Geschichtsbücher.**

Aber wie wird es mit den Reformen sein, die Deutschland dringend braucht? Im Moment bleibt uns nur der Blick in den Koalitionsvertrag um eine Ahnung zu bekommen, was die große Koalition darunter versteht. Im Wahlkampf waren die Koalitionspartner mit Programmen angetreten, die an vielen Stellen unterschiedlicher gar nicht sein konnten. Doch nach einem überraschenden Wahlergebnis wurde aus den Feinden eine große Koalition, in der die Posten nach einigen Machtspielchen schnell verteilt wurden. Dann machte man sich an einen Vertrag, der diese Koalition zusammenhalten soll. Gekrönt wurde dieser Prozess der Regierungsbildung mit der Wahl der ersten deutschen Bundeskanzlerin. Dieser Prozess war nicht nur langwierig und schwierig für die direkt Betei-

ligten, sondern verlangte auch vom Publikum an vielen Stellen Geduld und eine Neigung zum Tragisch-Komischen. Nimmt man nur die leidvolle Geschichte des gestürzten Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten: Die tragische Figur des Vorsitzenden und die komischen Gesichter der Genossen, die den Sturz organisierten. Und am Ende hat wieder niemand wissen können, welche Konsequenzen auf sein Handeln folgen. So blieb der verunsicherten Partei nur der Blick nach vorn und ein historisch gutes Wahlergebnis für den neuen Vorsitzenden. Das nahm ein Bayer zum Anlass, die Flucht aus der großen Politik in seine idyllische Heimat anzutreten. Nach diesen personellen Irrungen und Wirrungen nahm man die schwierige Arbeit am Koalitionsvertrag wieder auf, der Deutschland eine bessere Zukunft versprechen soll. Die Konsolidierung der maroden Staatsfinanzen ist eines der wichtigsten Aufgaben der Regierung in den nächsten Jahren. Das ist nicht erst seit dieser Bundestagswahl so. Doch unsere Volksvertreter der großen Koalition traten vor die Presse und gaben sich erstaunt darüber, dass sie es mit einem Haushaltsloch zu tun haben, dessen Größe vorher niemandem bekannt war. Das Erstaunen über das Erstaunen unserer Großkoaliti-

näre kann kaum größer sein. Als ehemalige Regierung und Opposition im Bundestag müssten sie über die Haushaltslage informiert gewesen sein. Auch 2006 wird es wieder einen verfassungswidrigen Haushalt geben. Die Neuverschuldung wird mit etwa 41 Milliarden € über der im Grundgesetz zugelassenen Grenze liegen, da sich die Investitionen auf 23 Milliarden belaufen sollen. Der konsequente Abbau der Subventionen, der schon lange von den GRÜNEN gefordert wird und durch die unionsregierten Länder blockiert wurde, ist auch in diesem Koalitionsvertrag noch nicht wirklich in Angriff genommen worden. Da sich die große Koalition kaum an die Ausgaben traut, wird versucht, auf der Einnahmeseite den Haushalt zu konsolidieren. Noch im Wahlkampf von der SPD als Merkel-Steuer strickt abgelehnt, wird jetzt Peer Steinbrück als sozialdemokratischer Finanzminister der großen Koalition zum großen Verfechter der Mehrwertsteuererhöhung. Doch gerade eine Mehrwertsteuererhöhung schadet in der momentanen konjunkturellen Lage der Wirtschaft und ist kaum geeignet, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie trifft vor allem den Mittelstand und die VerbraucherInnen und schwächt so den Binnenmarkt. In der Sozialpolitik bekennt sich

die Große Koalition zum bestehenden System und zu den begonnenen Reformen unter Rot-GRÜN. Sonst gibt es kaum zukunftsweisende Reformen. Das Renteneintrittsalter soll auf 67 angehoben werden, um die Rentenkassen zu entlasten. Wie der Zugang für Ältere in den Arbeitsmarkt verbessert werden soll, wird nicht dargestellt. So wird es sich de facto um eine Rentenkürzung handeln. Auch die Frage der Gesundheitsreform scheint völlig offen, hatte man sich doch im Wahlkampf mit zwei vollkommen unterschiedlichen Konzepten versucht zu profilieren. Somit gibt es in diesem dringend reformbedürftigen Bereich Stillstand. Auch in vielen anderen Politikbereichen scheint wenig Hoffnungsvolles unter den Koalitionären vereinbart worden zu sein. Der kleine gemeinsame Nenner, auf den man sich in den langwierigen Verhandlungen geeinigt hat, scheint wenig geeignet den Herausforderungen gerecht zu werden, vor denen Deutschland steht. Das lässt uns natürlich auch für Wuppertal wenig Gutes ahnen, denn auch hier haben CDU und SPD eine gemeinsame Zusammenarbeit vereinbart.

**Aline Wenderoth**, Sprecherin des Kreisverbandes Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

## Herzlichen Glückwunsch!

Die Gewinnerin des ersten Preises steht fest: den fair gehandelten Fußball gewann Ulrike Schröder. Zum Hintergrund: Wir hatten die LeserInnen in der letzten Ausgabe gebeten, uns ihre Meinung über unsere Zeitung und das neue Layout mitzuteilen. Auf dem Foto ist die Übergabe durch die Stadtverordnete Susanne Sperling (links) an die Gewinnerin festgehalten.



Sie schrieb uns: „Ich finde Ihre Zeitung sehr interessant und sehr informativ. Die Aufmachung und der Inhalt sind sehens- und lesenswert. Die Beilage war eine echte Bereicherung der Wuppertaler Rundschau. Wie schön, dass Sie mit dieser Zeitung den anderen Parteien einen Schritt voraus sind!!!“ Die Fraktion freut sich über die auch sonst sehr positiven Rückmeldungen von anderen LeserInnen zum neuen Gewand von DIESE GRÜNEN.

## Beispiel Sudberg

■ Ein Randbezirk in zügellosem Wachstum?

Der Drang der Menschen zu einem Leben nahe der Natur lässt sich auch auf dem Immobilienmarkt in Wuppertal nachweisen. Während mehrere tausend Wohnungen vornehmlich auf der Talachse leer stehen, gibt es in den Randbezirken Wuppertals noch immer viele Bauvorhaben, die sich offenbar auch wirtschaftlich rentieren. Diese Vorhaben stoßen jedoch, wie im aktuellen Fall der Bebauung auf dem ehemaligen Gelände der Schleiferei und Härtereier „Hösterey“ – hier sollten zunächst 24 Einfamilienhäuser gebaut werden - in Sudberg auf zwei Problemfelder. Zum einen Wesentlich ist, dass gibt es hier keinen Bebauungsplan gibt. Das heißt erstens, dass allein die Verwaltung entscheidet, ob sich eine geplante Bebauung in die Umgebung einfügt, wie es das Baugesetzbuch in solchen Fällen verlangt. Zum zweiten muss man sich immer wieder vergegenwärtigen: Wuppertal war gerade die Südhöhen bekannt für die Tradition in der metallverarbeitenden Industrie. Die (Alt-) Lasten der Vergangenheit lassen sich an vielen Orten bedauern: die in den letzten Jahrhunderten betriebenen Schleifereien haben ihre Schleifabfälle auf dem Gelände des Betriebes abfließen lassen. Eine fünf Meter dicke Schicht aus Schleifabfällen ist keine Seltenheit. Am 4. November führten Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen mit dem Sudberger Bürgerverein in Gründung eine Informationsveranstaltung zu diesen Themen durch. In Zusammenarbeit mit einem Kölner Stadtplanungsbüro wurden die besonderen städtebaulichen Aspekte der Ortslage Sudberg erläutert. An erster Stelle die

verkehrliche Anbindung: Sudberg ist nur über eine einzige Straße an das Umland angebunden, wenn man von ein paar „Feldwegen“ absieht. Eine Stadtplanung findet kaum statt: Bisher gibt es weder einen Bebauungsplan, noch finden andere Mittel planerischer Entwicklung Anwendung. Bisher hat die Kommunalpolitik hier keinen Einfluss genommen. Das soll sich nun ändern: Auf der Basis der Ergebnisse der Veranstaltung verfassten die GRÜNEN einen Antrag für die Bezirksvertretung Cronenberg, der am 16.11.05 einstimmig befürwortet wurde. Die Verwaltung hat nun die Aufgabe, Wege zu einer besseren und vor allem geplanten Entwicklung des Ortsteiles vorzuschlagen. Für die konkrete Bebauung des Geländes „Hösterey“ heißt dies für uns: Weniger kann mehr sein! Einer maßvollen Bebauung mit drei oder vier Doppelhäusern bei gleichzeitiger Entsorgung der gefundenen Altlasten stehen wir nicht im Weg, zumal es sich hier um schon bisher bebauten Grund und Boden handelt. Sollte sich das Vorhaben des Investors nicht durchführen lassen, ist vollkommen unklar, wer die Entsorgung der dort gefundenen Gifte durchführt und bezahlt. Die tatsächliche Belastung des Geländes ist jedoch bis heute unklar. Die GRÜNEN Stadtverordneten Peter Vorsteher und Paul Yves Ramette haben sich bei einem Termin im Umweltamt der Stadt über die weiteren Schritte der Verwaltung informieren lassen, so ist derzeit noch ein umfassendes Gutachten des Investors für das gesamte Gelände in Arbeit. Wir werden Sie weiter informieren.

## Bergische Weiterbildung

■ ... da waren' s nur noch Zwei...

Der Versuch eines gemeinsamen Zweckverbandes VHS Bergisches Land zwischen Remscheid, Solingen und Wuppertal ist im November gescheitert. Der Remscheider Kämmerer Müller (CDU) kritisierte den mangelhaften Wirtschaftsplan, der zu viele Fragen offen lasse. Der Kulturdezernent Henkelmann (CDU) sprach sich ebenfalls dagegen aus, weil die Qualität der Weiterbildung Einsparmaßnahmen geopfert würde. Recht haben beide. Auch die Wuppertaler GRÜNEN stimmten nicht zu. Jetzt soll im Dezember über eine Zweier-Lösung mit Solingen entschieden werden. Auch wenn die GRÜNEN einer engen bergischen Zusammenarbeit grundsätzlich positiv gegenüber stehen, tun wir dies nicht um jeden

Preis! Um ein solides Fundament für ein solches Projekt zu ermöglichen hatten wir frühzeitig vorgeschlagen, alternativ zur Dreier-Lösung auch eine Zweier-Lösung zu prüfen. Das hielt die Verwaltung aber für kontraproduktiv und die SPD für indiskutabel. Was zu dem Sinneswandel bei der SPD geführt hat, kann man nur vermuten: die VHS ist das erste Opfer auf dem Altar der „Großen Koalition“ in Wuppertal. Für uns ist klar, dass die Mängel der Fusion nicht behoben werden konnten. So steht nach wie vor die Aussage des Landschaftsverbandes Rheinland, bei der Eingliederung der Familienbildungsstätte die Förderung nicht fortsetzen zu können, um nur eines der Probleme zu nennen.

Bei der Zweier-Lösung will man nun ganz ohne Wirtschaftsplan auskommen, lediglich eine Gewinn- und Verlustrechnung ist vorgesehen. Wenn Kürzungen beim pädagogischen Personal jetzt nicht mehr ersichtlich sind, sollte man sich aber nicht täuschen lassen, denn die Berechnungen gelten nur für zwei Jahre. Was danach geschieht, ist offen. Der vorliegenden Drucksache ist leider nicht zu entnehmen, was die Fusion Wuppertal insgesamt kosten wird. Alles in allem kommt diese Vorlage der Verwaltung einem Blanko-Scheck gleich. Deshalb wird sie von den GRÜNEN abgelehnt. Bleibt zu hoffen, dass bei weiteren Projekten der Bergischen Zusammenarbeit transparenter und sorgfältiger geplant wird.



### GRÜNE brauchen Klasse in Massen!

Gesunde Ernährung und Schutz von VerbraucherInnen stand bei uns GRÜNEN immer schon hoch im Kurs. Nicht erst in Zeiten von „Gammelfleisch“ haben GRÜNE sich für die ökologische Erzeugung von Lebensmitteln und eine artgerechte Tierhaltung eingesetzt. Für uns sind ÖKO und Qualitätskontrollen nicht erst eine Frage der jeweils aktuellen Krise, sondern des Prinzips.

Wir brauchen endlich das Verbraucherinformationsgesetz, das die CDU/CSU-Union zu Oppositionszeiten bereits zweimal verhindert hat!

**GRÜNE Politik braucht vielfältige, aktive Unterstützung. Mach mit!**

Wer mitmachen oder zumindest über die Aktivitäten der Wuppertaler GRÜNEN informiert werden möchte, melde sich

per Brief: Bündnis 90/DIE GRÜNEN KV Wuppertal  
Oberbergische Str. 8, 42285 Wuppertal

per Email: gruene.wuppertal@t-online.de

Wer erst einmal schauen möchte, kann das nach telefonischer Anmeldung unter 8 78 11 oder unter: [www.gruene-kvwuppertal.de](http://www.gruene-kvwuppertal.de)

## Ratschronik 12.09.2005

### Einbringung des Haushaltes 2006/07

Einzigster Tagesordnungspunkt der Ratssitzung war die Einbringung des städtischen Haushaltes, der den PolitikerInnen während der Sitzung auf den Tisch gelegt wurde.

In zwei Reden wurde der Haushalt durch den Oberbürgermeister und den Kämmerer bewertet. Eine Debatte des Stadtrates war nicht vorgesehen, diese erfolgt zur Verabschie-

dung des Haushaltes in der Ratssitzung am 19.12.2005, in der auch die Anträge der Fraktionen diskutiert und beschlossen werden. Wie schon beim letzten Doppelhaushalt sind Fachausschussberatungen nur dort vorgesehen, wo sie aufgrund von Gesetzen verpflichtend sind wie z.B. im Jugendhilfeausschuss. Wenn Fraktionen Haushaltsberatungen führen wollen, müssen sie dies für jeden Ausschuss beantragen und eine Mehrheit finden.



## Ratschronik 26.09.2005

### GRÜNER Rats-Antrag: Feinstaub. Das Übel an der Wurzel packen!

Die GRÜNE Fraktion brachte bereits zum 31.05. einen umfangreichen Maßnahmenkatalog in den Umweltausschuss ein mit dem Ziel, den Ausstoß an verkehrsbedingten Emissionen insgesamt zu reduzieren. Die FDP-Fraktion zog nach und stellte einen fast gleichlautenden Antrag, sprich: hier wurde der Einfachheit halber abgeschrieben.

Das Thema Feinstaub wurde dann in eine gemeinsamen Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 19.09.05 vertagt. In einer Stellungnahme versicherte die Verwaltung, bereits an zahlreichen Aktivitäten zur Verbesserung der allgemeinen Verkehrssituation zu arbeiten und auch Vorschläge der GRÜNEN berücksichtigen zu wollen. So kam es zu keiner Abstimmung über den Verkehrsantrag der GRÜNEN, er wurde in der Ratssitzung als erledigt erklärt.

### Faires Beschaffungswesen

Um bei der städtischen Materialbeschaffung Produkten aus fairem Handel den Vorzug geben zu können, stellten die GRÜNEN bereits zur Ratssitzung im Mai einen entsprechenden Antrag. Auch die Beschaffung von fairen Bällen für den Schulsport wird in dem Antrag gefordert. In

einer Stellungnahme verwies die Verwaltung darauf, dass aktuell auf Zentraleinkauf umgestellt werde und dort auch Fragen der Nachhaltigkeit und Mindeststandards eine Rolle spielen werden. Die GRÜNEN bleiben am (fair gehandelten) Ball.

### Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden

Die GRÜNE Fraktion beantragte bereits im Februar, dass eine Liste aller kommunalen Gebäude erstellt werden sollte, die für die Anbringung von Photovoltaikanlagen in Frage kommen. Das Ziel ist, dass Investitionen gegen eine kostengerechte Verwaltungsgebühr die Anlagen errichten und betreiben können und die so gewonnene Menge an Sonnenenergie öffentlichkeitswirksam präsentiert wird, um weitere WuppertalerInnen dazu zu bewegen, Sonnenkollektoren auf ihren Häusern zu installieren.

Im Sommer hatte die Verwaltung die Anregung der GRÜNEN bereits aufgenommen. Dem entsprechend wurde nicht der GRÜNE Antrag beschlossen, sondern die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis genommen. Für die GRÜNEN ist dies ein schöner Erfolg auf dem Weg zu vermehrter Nutzung regenerativer Energien.

### Anträge zur Gewerbesteuer

Verschiedene Anträge zur Gewer-

besteuer – von der Erhaltung bis zur kompletten Abschaffung - bildeten die Grundlage für eine außerordentlich rege Diskussion im Rat. Interessant an der Auseinandersetzung war, dass der Kämmerer auf der Linie der GRÜNEN argumentierte: Wir halten an der Gewerbesteuer als sicherer Einkommensquelle der Kommunen fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln, die dem Grundsatz: „niedrige Steuersätze, breite Bemessungsgrundlage“ folgt.

Alle wirtschaftlich Tätigen vor Ort sollen sich an der Finanzierung der kommunalen Aufgaben beteiligen. Wir stehen zur kommunalen Selbstverwaltung. Sie stärkt die Handlungsfähigkeit vor Ort und ermöglicht eine aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. Der Rat der Stadt sprach sich mit großer Mehrheit für die Beibehaltung der Gewerbesteuer aus.

### Öffentlicher Haushalt

Um den städtischen Haushalt in der Wuppertaler Öffentlichkeit zu diskutieren beantragte die GRÜNE Ratsfraktion, dass er in verschiedenen Haushaltsforen analog der Geschäftsbereiche erläutert und diskutiert und die hier erfolgten Anregungen in die Haushaltsberatungen der städtischen Gremien aufgenommen werden sollen. Der Antrag war insofern erfolg-

## Ratschronik 18.10.2005

### Verteilnetzbetreiber-gesellschaft gegründet

Zu einer Sondersitzung des Rates wurde eingeladen, um die Verteilnetzbetreiber-gesellschaft als hundertprozentige Tochter der Wuppertaler Stadtwerke zu gründen. Die entsprechende Vorlage der Verwaltung wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Die GRÜNE Fraktion ist der Auffassung, dass es sich hier einzig um eine formaljuristisch Entscheidung handelt,

die notwendig ist, um dem Energie-wirtschaftsgesetz Rechnung zu tragen. Dieses schreibt den Energie-unternehmen das „Unbundling“ vor: sowohl organisatorisch als auch rechtlich müssen Strom- und Gasnetzbe-reiche von den übrigen Aktivitäten der Stadtwerke getrennt werden. Die zu diesem Zweck zu gründende Gesellschaft wird voraussichtlich 11 MitarbeiterInnen haben und die Netze bleiben nach wie vor im Besitz der WSW.

reich, als andere Fraktionen diese Anregung aufnahmen und Änderungs-bzw. eigene Anträge zu dem Thema schrieben. Diese wurde vom Rat mit großer Mehrheit beschlossen.

### Resolution „Grundschulbe-zirke beibehalten“

Die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung NRW sieht vor, die Schulbe-zirke für die Grundschulen abzuschaffen. Die GRÜNE Fraktion beantragte deshalb in einer Resolution, sie beizu-behalten, um weiterhin einen kurzen Schulweg für die Kinder in ihrem Wohnumfeld zu ermöglichen.

Bei einer Abschaffung der Grund-schulbezirke wäre eine Spaltung der Schulen in solche für privilegierte und solche für weniger privilegierte Kin-der zu befürchten. Für die GRÜNEN ist vorrangig, auch weiterhin eine vor-ausschauende Schulentwicklungs-planung realisieren zu können und „Schulbustourismus“ in der Stadt zu verhindern.

Auch zu diesem GRÜNEN Antrag stellten die anderen Fraktionen ent-weder ähnlich lautende oder gegen-teilige Anträge. Der Rat der Stadt hat die Anträge zur Vorberatung in den Schul- und den Migrationsausschuss überwiesen.

### Bunker Platz der Republik

Die GRÜNEN beantragten den Abriss

des Bunkers und die Gestaltung des Platzes als Spielplatz und Park, um die Fläche insbesondere für die BewohnerInnen aufzuwerten. Bereits seit Jahren wird versucht, einen Investor zu finden, der den Platz einer neuen Nutzung zuführt. Bislang ist dies gescheitert und sollte deshalb auch nicht weiter verfolgt werden.

Der Rat hat sich im Grundsatz dem GRÜNEN Antrag angeschlossen. Die Verwaltung wird nun prüfen, ob für den Abriss Landesmittel einge-setzt werden können. Das Gebäu-demanagement wurde beauftragt, einen Abriss des Bunkers ohne Neu-bebauung zu planen, einen Kosten- und Finanzierungsplan aufzustellen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Wir sind gespannt auf die weitere Ent-wicklung!

### Fuhlrott-Museum

Einstimmig beschloss der Rat einen GRÜNEN Antrag, der das Bekennt-nis der Stadt zum Fuhlrott-Museum bekräftigt sowie dessen Weiterent-wicklung als Naturkundemuseum für das Rheinland fordert. Die Pflege der wertvollen Sammlung und die for-cierte Lösung für eine Neukonzeption des Museums und die Weiterentwick-lung zu einem überregionalen und zeitgemäßen Institut sind die nächs-ten Schritte.

## Ratschronik 14.11.2005

### Ehrenring verliehen

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig, einen Ehrenring an Hans-Olof Brennscheidt zu verleihen. Er hat mit einem großen Teil seines Vermögens Kinderheime, das Von der Heydt-Museum und zuletzt den Bau einer Aula für das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium unterstützt.

### Probleme in Sudberg

In einer Ratsanfrage thematisierten die GRÜNEN die strukturellen und verkehrspolitischen Probleme in Cronenberg-Sudberg. Dort wurden in den letzten Jahren keine Zahlen zur Verkehrsbelastung erhoben. Angesichts der Tatsache, dass es nur eine geeignete Zufahrtsstraße in Sudberg gibt, hält die GRÜNE Fraktion weitere Wohnbebauung für problematisch.

### Altlasten ehemaliges Hösterey-Gelände

siehe Seite 5  
In den Medien waren die vermuteten Schadstoffe auf dem ehemaligen Hösterey-Gelände in Sudberg tageslang Thema, die GRÜNEN fragten in einer Ratsanfrage genauer nach und erfuhren von der Verwaltung, welche

Schadstoffe in den genommenen Pro-ben gefunden wurden. Eine unmittelbare Gefahr für die Bevölkerung besteht nach Auskunft der Verwal-tung nicht. In der Sitzung des Aus-schusses für Umwelt waren die Schadstoff-funde ebenfalls Thema.

### Aktuelle Viertelstunde

Die Antworten der Verwaltung auf die beiden Anfragen der GRÜNEN zu Sudberg nahm die Fraktion zum Anlass, eine aktuelle Viertelstunde zu beantragen. So war es möglich, die Antworten der Verwaltung näher zu erörtern und zu diskutieren.

### Resolution beschlossen

siehe Seite 5  
Zunächst war sie einzig von der GRÜ-NE Fraktion in den Rat eingebracht, dann schlossen sich alle anderen 5 Fraktionen an. In dem einstimmig gefassten Beschluss forderte der Rat der Stadt die Landesregierung NRW auf, sich aktiv für die vom Bund zuge-sagte Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro einzusetzen. Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war den Kommunen 2004 als Ausgleich

für Mehrkosten durch die Hartz IV-Reform diese Entlastung zugesichert worden, sie wurde allerdings kürzlich von der Bundesregierung in Frage gestellt. Eine weitere Forderung an die Landesregierung ist, im Bundesrat keinem Gesetz zuzustimmen, das zu finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen in NRW führt.

### EinwohnerInnenbeteiligung

Die GRÜNE Fraktion hat ein großes Interesse an engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit Initiative und Sachverstand für die Wuppertaler Belange stark machen. Deshalb wurde im Rat beantragt, zu Beginn jeder Sitzung der Fachausschüsse und des Rates als ersten Tagesordnungspunkt die „EinwohnerInnenfragestunde“ einzuführen. Hier sollen Anfragen und Anträge von BürgerInnen behandelt werden, die nicht im Vorfeld von einem/einer Bürgerbeauftragten in einer noch einzurichtenden Klärungsstelle bearbeitet werden können.

Darüber hinaus sollen Vorschläge zur weiteren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Der Rat der Stadt hat den Antrag

leider nicht in der Ratssitzung behandelt, sondern in den Ältestenrat überwiesen.

### Bergische Weiterbildung

Die grundsätzliche GRÜNE Befür-wortung einer Kooperation der Weiter-bildungseinrichtungen von Wup-pertal, Solingen und Remscheid fand Grenzen in den konkreten Planungen. In der Ratssitzung stimmte die Frak-tion gegen die städtische Vorlage, da die im Vorfeld geäußerten Beden-ken nicht ausgeräumt und die Fra-gen (siehe Artikel in DIESE GRÜNEN Nr. 61) nicht beantwortet wurden. Der Solinger Rat hatte sich bereits zuvor für eine Kooperation ausgesprochen (wie in Wuppertal auch gegen die Stimmen der GRÜNEN Fraktion). Zeitgleich mit Wuppertal tagte der Rem-scheider Rat, der sich gegen eine Kooperation der bergischen Städte aussprach. Damit ist die Kooperation der drei Städte gescheitert.

Ob die große Koalition in Wuppertal nun eine Zusammenarbeit von nur zwei Städten für sinnvoll und umsetz-bar hält, wird sich in der Dezember-sitzung des Rates zeigen. Spätes-tens dann muss eine Kooperation

beschlossen werden, um zugesagte Förder-gelder des Landes abrufen zu können. Bei einer Beschlussfassung im nächsten Jahr müssten die Ver-handlungen darüber wieder erneut geführt werden.

### Beirat Schule/Jugendhilfe

Die Offene Ganztagschule (OGGS) erfreut sich wachsender Beliebtheit in Wuppertal, die GRÜNE Fraktion unterstützt diesen Prozess nach Kräften. Wir wissen: Schule ist mehr als Unterricht.

Diesem Konzept folgt die offene Ganztagsgrundschule mit Angeboten wie Hausaufgabenbetreuung, unterstützendem Förderunterricht sowie Freizeitgestaltung mit Sport und Spiel. Mit der OGGS müssen auch die Ver-waltungsbereiche Schule und Jugendhilfe enger zusammen arbeiten und die politische Begleitung wird eben-falls erforderlich.

Die GRÜNE Fraktion war sehr enga-giert an der Gründung eines Beirates „Schule und Jugendhilfe“ beteiligt, der aus Mitgliedern des Schul- und Jugendhilfeausschusses besteht und fast einstimmig vom Rat der Stadt beschlossen wurde.